

Mit Links

für ein solidarisches München

Stadt der Spekulanten verspielt eigene Zukunft



Das passiert, wenn Spekulanten tun, was sie wollen – hier in der Schützenstraße.

Luxus Wohnen in München

Wohnen ist kaum noch leistbar, während sich Spekulanten verrecken. **Seite 2/3**

Absurde Heiznachzahlung

Die Nebenkostenexplosion und was man dagegen machen kann. **Seite 4**

München ist pleite

Wie die reichste Stadt Deutschlands ihre Zukunft verspielt und was für Auswirkungen das hat. **Seite 6/7**



Liebe Münchnerinnen und Münchner,

unsere Stadt ist eine Stadt der Kontraste. Auf der einen Seite gibt es hier die teuersten Immobilien Deutschlands, auf der anderen Seite kann sich ein großer Teil der Menschen die Miete nicht mehr leisten. Investoren verspekulieren sich und hinterlassen Bauruinen und Leerstand.

München ist die Stadt mit den meisten DAX-Konzernen in ganz Deutschland und trotzdem ist die Stadt hoch verschuldet. Unter dem Sparkurs der Stadt leiden vor allem die Schwächsten in unserer Gesellschaft. München ist nicht pleite. Wir müssen für eine gerechte Verteilung sorgen und in die Zukunft investieren. Die Stadtregierung macht Politik für Unternehmen und Investoren, anstatt sich um die breite Bevölkerung zu kümmern.

Gemeinsam mit den Menschen nehmen wir die Dinge in die Hände und leisten dort Unterstützung, wo die Stadtspitze nicht hinsieht.

Für Sie da – Stefan Jagel,

Fraktionsvorsitzender der Linken im Münchner Stadtrat

Die Linke

im Münchner
Stadtrat

Wenn Wohnen zum Luxus wird

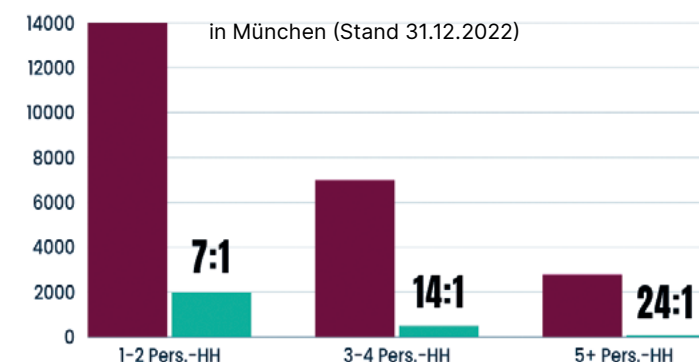
Wohnen in München macht Hunderttausende Menschen arm! Dieses mietenpolitische Versagen kündigt sich bereits seit Jahrzehnten an. Getan wurde wenig - dabei sind die Lösungen bekannt.

Die durchschnittliche Miete in München hat sich seit 2008 mehr als verdoppelt. Im Schnitt geben die Menschen 32 % ihres Einkommens für das Wohnen aus – besonders betroffen sind Frauen, ältere Menschen und Familien. Viele Vermieter nutzen die Wohnungsnot der Menschen maßlos aus. Im Internet werden teilweise Preise von über 50 Euro den Quadratmeter aufgerufen. Menschen, die das nicht mehr zahlen können werden entmietet und verdrängt. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Sozialwohnungen in Gefahr

1990 gab es doppelt so viele sozial-geförderte Wohnungen in München wie heute. Grund dafür ist, dass deutlich mehr Wohnungen aus der Förderung rausfallen, als nachkommen. Gleichzeitig steigt der Bedarf an Sozialwohnungen. Auf eine geförderte Wohnung kommen zehn Anträge. Insgesamt hätten 45% der Münchner Haushalte ein Anrecht. Beim Bau von geförderten Wohnungen hinken vor allem private Investoren hinterher.

2023 gab es insgesamt 35.000 Anträge und 3.400 Vergaben



antwortlich, dass weniger gebaut wird und wollen sie deshalb aufweichen. Die Immobilienwirtschaft wünscht sich das natürlich, um höhere Rendite zu erzielen. Dabei können sich Spekulanten auch ganz ohne staatliche Vorgaben verzocken, wie das Sendlinger Loch oder das Paseo-Carré zeigen. Um dagegen zu wirken, darf sozialer Wohnraum nicht mehr befristet sein. Die SoBoN muss gestärkt werden und private Investoren müssen klare Vorgaben bekommen.

Viertel schützen

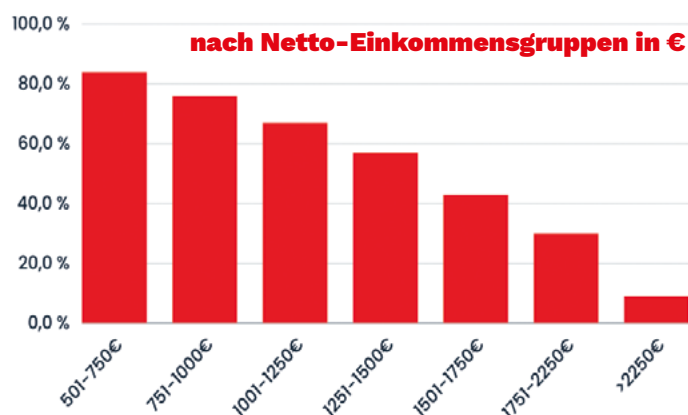
Eine weitere Möglichkeit, Mietende vor Spekulation zu schützen, ist die Erhaltungssatzung für Milieuschutz. In Vierteln in Erhaltungssatzungsgebieten müssen Käufe und Bauvorhaben geprüft

Erfolg

5.500 Menschen im Hasenberggl haben zusätzlichen Mieterschutz

Im April wurde auf die Initiative der Fraktion Die Linke/Die PARTEI eine neue Erhaltungssatzung im Hasenberggl verabschiedet, die nun 5.500 Menschen schützt. Die anderen beiden beantragten Gebiete lehnte die grün-rote Koalition mit der Begründung ab, sie seien nicht groß genug. Dabei gibt es in Deutschland einige Beispiele für kleinere Erhaltungssatzungsgebiete.

Anteil der Menschen, die mindestens 40 % ihres Einkommens für das Wohnen ausgeben



40 % des Einkommens für Miete und Nebenkosten auszugeben, gilt als kritischer Wert. Das betrifft in München 27,4 % der Menschen.

Um hier einzugreifen, muss die SoBoN (Sozialgerechte Bodennutzung) gestärkt werden. Allerdings machen CSU und SPD sie dafür ver-



Linke sucht Münchens dreistesten Vermieter

50 Euro kalt pro Quadratmeter? Wasser abgestellt, weil du raus sollst? Entmietung oder Abriss? Die Wohnungsnot der Menschen wird von vielen Vermietern bis an die Grenze des Legalen und sogar darüber hinaus ausgenutzt.

Wenn Sie auch von einem solchen Fall wissen, schicken Sie ihn uns: dielinke-diepartei@muenchen.de

Wenn Luxus die Stadt zerstört

Jahrzehnte lang wurde Investoren und Spekulanten der rote Teppich ausgerollt. Die Konsequenzen prägen inzwischen das Stadtbild. Was nun?

Während ein Großteil der Münchner*innen das Wohnen als größtes Problem ansieht, sehen Spekulanten in den Immobilien eine Riesenchance.

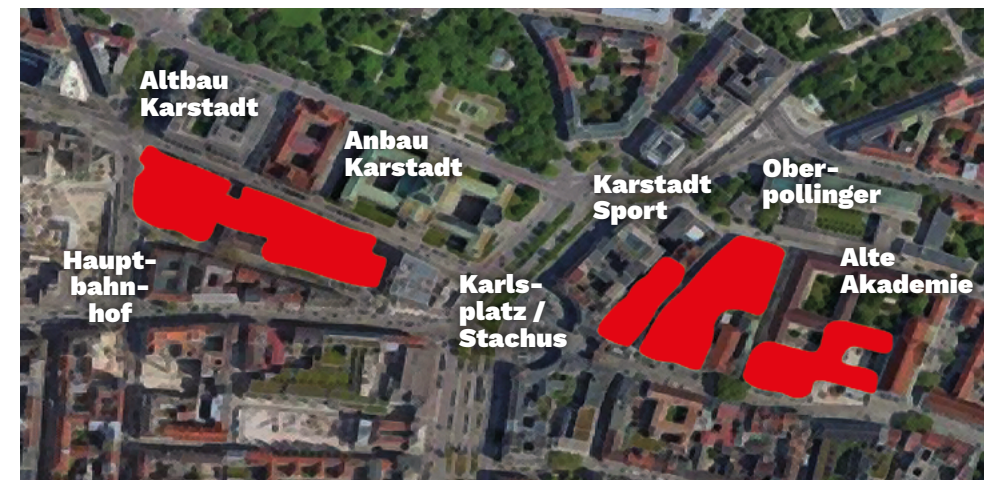
Wer kauft uns denn jetzt die Stadt zurück?

Im Koalitionsvertrag der grün-roten Stadtregierung heißt es großspurig, man würde sich die Stadt zurückkaufen. Doch die Bilanz sieht mager aus. Ein Grund dafür ist, dass die Bundesregierung den Kommunen immer noch kein Vorkaufsrecht gewährt. Dadurch sind der Stadt München zwischen November 2022 und März 2024 1.600 Wohnungen entgangen. Umso erstaunlicher, dass die Immobilien, die der Stadt zum Kauf angeboten wurden, größtenteils abgelehnt wurden. Eine Anfrage der Fraktion ergab, dass die Stadt von den insgesamt 4.500 Wohnungen, die ihr zum Kauf angeboten wurden, gerade mal 941 gekauft hat. Obwohl die Rathauskoalition die Schuld immer auf die Bundesregierung schiebt, hat sie nur jede fünfte angebotene Wohnung gekauft. Enteignung auf dem Silbertablet sozusagen.



Benko: Der gefallene Wunderwuzzi

Jahrelang hat die Politik den „Selfmade Millionaire“ hofiert. Auch in München ging es erstaunlich schnell mit den Baugenehmigungen. Sein System: Kaufhausketten kaufen, vorgeben, den Betrieb und die Angestellten zu retten und dann mit den Immobilien spekulieren. Das Kartenhaus stürzte ein. Die Angestellten sahen sich, trotz jahrelangem Lohnverzicht, vor noch größeren Existenzängsten, als je zuvor



und Leerstände und Bauruinen prägen das Stadtbild. Allerhöchste Zeit zu enteignen oder zu pfänden. Egal, wie man es nennt, die Immobilien des kriminellen Tiroler Spekulanten gehören in die öffentliche Hand. In München erstrecken sich die Ruinen des Signa-Imperiums vom Hauptbahnhof bis tief in die Kaufingerstraße (siehe Karte).

Wie lässt sich dieser Kreislauf der Spekulation durchbrechen?

Die Verantwortlichen in der Politik sind sich einig: Benko ist ein unerfreulicher Einzelfall und alles, was es braucht, ist ein neuer Investor. Somit kann das Spiel wieder von vorne anfangen. Dabei waren die Investoren, denen Kaufhäuser und der Zustand der Innenstädte absolut egal sind und denen es nur um die Rendite geht, die Urheber des Problems.

Die aktuelle Situation der Innenstädte zeigt ein doppeltes Problem auf. Zum einen ist das Konzept Kaufhaus in einer starken Krise. Der Onlinehandel wird die Besuchszahlen von Kaufhäusern weiter sinken lassen. Zum anderen kaufen internationale Spekulanten die Innenstadt-Immobilien nur um sie zu haben, nicht aber um sie zu betreiben. Ohne ein Eingreifen wird das dazu führen, dass die Innenstädte nur noch für sehr wenige Menschen sein werden.

Ein bundesweiter Zusammenschluss aus 70 Kommunalpolitiker*innen Der Linken hat einen Plan vorgelegt, wie es mit den Kaufhäusern und Immobilien der Signa-Group weiter gehen soll.

Kaufhaus der Zukunft

1. Alle Benko-Immobilien in die öffentliche Hand
2. Alle absurden Bebauungspläne sofort stoppen
3. Kaufhäuser zu Kaufgenossenschaften zusammenschließen
4. Soziale und kulturelle Konzepte entwickeln, die ebenfalls in den Kaufhäusern Platz haben
5. Bis dahin konsumfreie Zwischennutzungen ermöglichen

Die Linke

im Münchner Stadtrat

Das Nachspiel mit den Nebenkosten

Horrende Nachzahlungen bei den Nebenkosten überraschten Anfang des Jahres Hunderttausende Menschen. Die Linke hilft dabei, Mietergemeinschaften zu gründen und Geld zurückzufordern.



Vonovia gibt nach

Das größte deutsche Immobilienunternehmen Vonovia hat ein ganzes Jahr lang Mieter*innen an der Alten Heide über die teure Ersatzversorgung der Stadtwerke beliefert - mit der Folge, dass Nachzahlungen von bis zu 8.000 € ins Haus kamen. Dieser Ersatzversorgungstarif darf eigentlich nur angewandt werden, bis ein neuer Anbieter einspringt - maximal aber drei Monate. Somit waren die Nebenkostenabrechnungen nicht rechtens. Einem Unternehmen, wie der Vonovia, hätte das bestimmt nichts ausgemacht, aber mit der Unterstützung der Linken wurden Mietergemeinschaften gegründet und öffentlicher Druck ausgeübt. Nach ein paar Monaten musste die Vonovia nachgeben und insgesamt mehr als 500.000 € zurückzahlen. Dieser Fall ist nur ein Beispiel für den Erfolg kollektiven Widerstands.

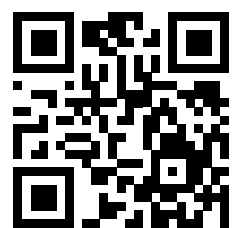
Börsenbasierte Gaspreise

Ein weiteres Beispiel für absurd hohe Nebenkostennachzahlungen ist die städtische Tochtergesellschaft Münchner Wohnen (ehemals GWG). Über 30.000 Mieter*innen haben Anfang des Jahres Nebenkostennachzahlungen um die 3.000 € erhalten. Nach etlichen Haustürgesprächen und Anfragen im Stadtrat kam heraus, dass den Betroffenen ein höchst spekulativer Gasvertrag unterbreitet wurde. Der Gasvertrag "Tarif Business EEX" ist nämlich an die Börsenpreise gekoppelt. Dadurch sind die Gaspreise extremen und spontanen Schwankungen ausgesetzt. Einzig und allein die Linke ist gegen diesen Vertrag vorgegangen. Dadurch wurden Rückzahlungen von bis zu 1.200 € pro Haushalt geleistet - über 100.000 €.

Spezialwirtschaft?

Die hohen Nebenkostennachzahlungen bei der Münchner Wohnen haben ein zusätzliches Geschmäckle. Denn unterschrieben wurde der Gasvertrag zwischen der Münchner Wohnen und den Stadtwerken München (SWM) vom ehemaligen SPD-Stadtrat Christian Amlong. Damals hat er noch für die Münchner Wohnen gearbeitet. Heute ist er bei den SWM für Energiepolitik zuständig.

Schon Heizkostenzuschuss beantragt ?



Berechtigt sind:

- Alle Haushalte mit Nettoeinkommen < 1.800 € für eine Person (+ 900 € für jede weitere Person ab 14, + 540 € für jede weitere Person unter 14)
- München-Pass-Besitzer*innen
- Wohngeld/Kinderzuschlag-Beziehende
- BAB-/BaföG-Empfänger*innen

700€ und mehr

089/12 69 91 51 50

www.waermefonds.de

Klimapolitik nur Symbolpolitik

Die Grün-Rote Rathauskoalition hatte viel versprochen. Dass es dafür konkrete Vorgaben der Politik braucht, scheint ihnen nicht klar zu sein. Stattdessen wird auf die SWM vertraut.

Die Stadt München hatte 2019 den „Klimanotstand“ ausgerufen und sich daraufhin selbst das Ziel auferlegt, bis 2035 klimaneutral zu sein. Doch passiert ist wenig.



Das Bürgerbegehren „Raus aus der Steinkohle“ hat ein klares Zeichen gesetzt: Es darf keine Steinkohle mehr im Heizkraftwerk Nord 2 (HKW Nord 2) verbrannt werden. Dagegen hatte die Bundesnetzagentur aber Einwände.

genutzt werden können, um sich ein klimaneutrales Konzept für die Zeit nach 2028 zu überlegen. Stattdessen macht es sich die grün-rote Koalition leicht und hat beschlossen, noch bis 2035 das Kraftwerk mit Gas zu betreiben. Das verstößt strenggenommen nicht gegen das Bürgerbegehren, weil Gas ja keine Steinkohle ist. Die selbsternannte Klimaschutzpartei hat das als Sieg im Kampf gegen die Klimakatastrophe verkauft, allerdings dürfte langfristig mehr CO2 ausgestoßen werden. Die Gruppe „München Zero“ hatte errechnet, dass bis 2035 18 Mio. Tonnen CO2 ausgestoßen werden könnten, sollte das Kraftwerk unter Volllast laufen. Grün-Rot weigerte sich, einem Antrag der Fraktion Die Linke/Die PARTEI zuzustimmen, der den SWM konkrete Vorgaben zu Umfang und Dauer der Nutzung mit Gas machen wollte.



Die Stromproduktion des HKW Nord 2 gilt bis 2027/2028 als „systemrelevant“. Deshalb wurde das Kraftwerk jetzt auf Gas umgestellt. Eine Übergangslösung, denn Erdgas stößt weniger CO2 aus, als Steinkohle. Die SWM rechnet bis 2028 mit einer CO2 Einsparung von 1Mt - 17% weniger im Vergleich zu Steinkohle. Die Zeit bis zum Auslauf der Systemrelevanz hätte gut

Die Begründung war, man vertraue darauf, dass die Stadtwerke das Richtige tun werden. Ganz im Sinne, das Klima lässt sich nur mit der Wirtschaft zusammen retten. Die Linke im Münchner Stadtrat verlangt nun ein Konzept zur Umstellung auf fossilsfreie Energieversorgung am Standort des jetzigen HKW Nord.



Verluste Norwegen

Der Strom, der aus Münchner Steckdosen kommt, ist noch lange nicht klimaneutral und die SWM haben scheinbar auch nur ein Interesse daran, dass es auf dem Papier so aussieht. Anstatt an einer regionalen Klimaneutralität zu arbeiten, ist die Strategie eine ganz andere: In ganz Europa wird in nachhaltige Energien investiert, um diese dann in den jeweiligen Ländern zu verkaufen. Damit soll Geld in die Kassen gespült werden und die gesamte Energiebilanz der SWM auf dem Papier positiv geschönt werden. In Spanien wird in Solaranlagen investiert - in Norwegen in Windparks. Allerdings läuft das Geschäft bislang nicht sehr gut. Die Windparks in Norwegen haben 2022 immense Finanzlöcher hinterlassen. Insgesamt wurden Verluste von 420 Mio. € gemacht. Dazu kommt, dass die Windparks dort teilweise gegen den Willen der Bevölkerung gebaut wurden. Ein Windpark in Roan wurde auf dem Gelände der Minderheit der Samen errichtet und löste dort 2023 landesweite Proteste aus, an denen unter anderem Greta Thunberg teilnahm.

Die Linke

im Münchner Stadtrat

München ist pleite? Eine Frage der Perspektive

33,6 Mrd. € Gewinne für Münchens DAX-Unternehmen. Trotzdem ein hoch verschuldeter Haushalt und überall wird gekürzt. Soziale Politik sieht anders aus.



2023 hat die Stadt München 300 Mio. € Verlust gemacht, der Schuldenstand erreicht 4,7 Mrd. €. Allein für Zins und Tilgung muss die Stadt bereits nächstes Jahr 112 Mio. € einplanen. Seit Jahren warnt Finanzsprecherin der Fraktion Die Linke / Die PARTEI Brigitte Wolf davor, dass der Stadtrat sämtliche Entscheidungshoheit verliert, sollte sich die Haushaltssituation nicht verbessern. Die Haushaltskrise ist nun leider früher eingetreten als gedacht. Im laufenden Haushaltsjahr 2024 wurden bzw. werden die meisten Projekte und Förderungen gekürzt, neue Themen können nicht angegangen werden. Das gefährdet die soziale, kulturelle und wohnungspolitische Entwicklung Münchens und damit die Zukunft ihrer Bürger*innen. Dabei ist genug Geld da, wenn die Stadt an den richtigen Stellen spart und es sich da holt, wo es möglich ist.

Großveranstaltungen und Prestigeprojekte:

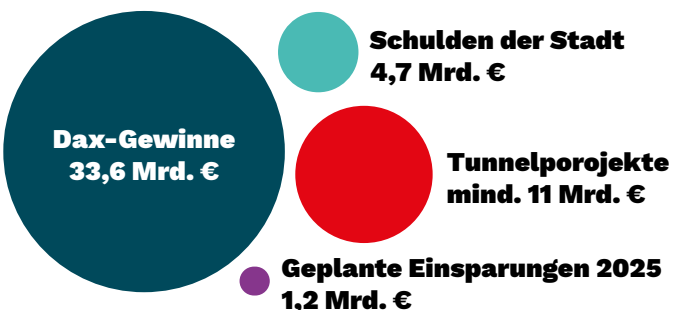
Die Fußball-Europameisterschaft 2024 hat die Stadt München nach aktuellen Schätzungen 21 Mio. € gekostet, während die UEFA 1,1 Mrd. € Gewinn eingefahren hat. Nächstes Jahr soll das Herren-Finale der Champions League in München stattfinden. Eine Bewerbung für Olympia ist in dieser Situation schier undenkbar. Alle großen Parteien sprechen sich trotzdem dafür aus.

Größenwahnsinnige Bauprojekte

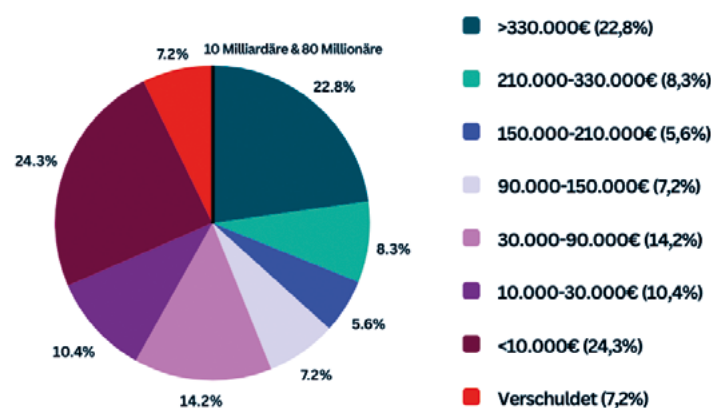
Besonders teuer kommen der Stadt die geplanten Tunnelprojekte zu stehen. Der Tunnel, der BMW eine leichtere Anbindung an die Autobahn ermöglichen soll, kostet aktuellen Schätzungen zufolge mindestens 1 Mrd. €. Auch die U9 und die Verlängerung der U5 von Pasing nach Freiham bewegen sich weit über 10 Mrd. €. Statt Tunnel zu bauen, sollte das Trambahnnetz ausgebaut werden.

Reichtum und Umverteilung

München ist die Stadt mit den meisten DAX-Konzernen. 2023 haben die insgesamt fünf Unternehmen 33,6 Mrd. € Gewinn erzielt. Es ist an der Zeit, die Gewerbesteuer zu erhöhen – das erste Mal seit 1996. Eine Steuererhöhung könnte zwischen 300 und 400 Mio. € jährlich einbringen.



Vermögensverteilung in München



Armut in München

Mehr als 17 % der Münchner Bürger*innen leben in relativer Armut. Für einen Ein-Personen-Haushalt sind das aktuell 1.800 € netto im Monat. Besonders betroffen sind Alleinerziehende mit 37 %, Menschen mit Behinderung mit 39 % und Menschen ohne deutschen Pass mit 30 %. Außerdem gelten 30 % der Menschen über 65 Jahre als armutsgefährdet. Deshalb ist es wichtig, soziale Projekte zu stützen und nicht kürzen.

Krippenplätze bald bis zu doppelt so teuer

Nachdem bereits das neue KiTa-Fördermodell für einige Kritik gesorgt hatte, kommen nun Neuerungen im Krippen- und Hortbereich dazu. Bei Einkünften über 60.000 € müssen Eltern mit einer Verdopplung der Gebühren für einen Krippenplatz rechnen. Das ist ungefähr ein*e Erzieher*in, verheiratet mit einer*m Pfleger*in. Eltern mit Einkommen unter 50.000 € können die Mehrkosten zurückbekommen, müssen dazu allerdings einen Antrag stellen.

Sparen bei den Schnittchen

Neben Großbauprojekten und Großveranstaltungen gibt es noch einen weiteren Bereich, an dem die Stadtspitze nicht sparen möchte: an sich selbst. Deswegen fordert die Fraktion Die Linke / Die PARTEI, an den Empfängen der Stadt (Diese waren 2023 bei knapp 1 Mio. €), an der Limousinen-Flotte der Bürgermeister*innen und an den Aufwandsentschädigungen der Stadträt*innen zu sparen. Das kam bei den Meisten im Stadtrat nicht sehr gut an. Wir sind trotzdem der Meinung, dass zuerst an den eigenen Privilegien gespart werden sollte, bevor sozialen und kulturellen Projekten das Geld entzogen wird.

Soziale Politik statt Nach-Unten-Treten

Für viele Beschäftigte hat sich die Situation mit der Inflation deutlich verschlechtert. In dieser angespannten Situation werden die Schwächsten der Gesellschaft wieder einmal zur Zielscheibe.

Während im Rathaus darüber diskutiert wird, ob man sich die 7.000 € für Friedenskonferenz leisten kann oder nicht, geht es im Tarifstreit um jeden Cent.

ver.di bereitet die Tarifrunde mit den Kommunen 2025 vor

„Die Verteilungskämpfe werden härter, die Tarifrunde wird für die Kolleg*innen nicht einfach. Wir wissen aber, was ihnen zusteht.“

Stefan Jagel, Fraktionsvorsitzender.



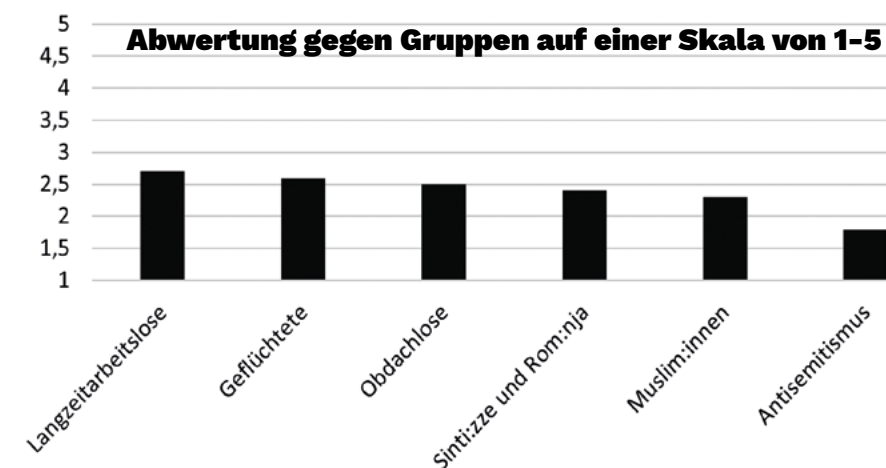
Neben einer ordentlichen Lohnsteigerung steht auch das Thema Arbeitszeit zur Diskussion. Eine Befragung von ver.di hat gezeigt, wie hoch die Belastung und Arbeitsdruck im öffentlichen Dienst sind. Auf die Frage nach Auswirkungen der Arbeitsbelastung auf

die Gesundheit haben 66,9% der Befragten ausgesagt, dass sie sich sehr häufig bis oft in den letzten sechs Monaten nach der Arbeit leer und ausgebrannt gefühlt haben.

Viele Stellen in der Stadt München sind unbesetzt und es gibt jede Menge Ansatzpunkte, die Arbeitsbedingungen für die Kolleg*innen zu verbessern. Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Entlastung und Prävention müssen dringend angegangen werden, damit unsere Kolleg*innen gesund bleiben! Zu erwarten ist, dass die Arbeitgeberseite nicht freiwillig zu Zugeständnissen bereit ist. Obwohl Geld in unserem Land genug da ist. Die reichsten 10% der Bevölkerung in Deutschland besitzen rund 60% des Vermögens, die unteren 20% nichts, neun Prozent aller Haushalte sind verschuldet. Es ist längst an der Zeit, dass die Reichen ihren Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben leisten.

Steigende Diskriminierung

Eine Studie zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in München hat ergeben, dass vor allem die Abwertung aufgrund von prekären Lebenslagen zugenommen hat, Obdachlosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit stehen ganz oben. Aber Diskriminierung aufgrund von Herkunft und Religion ist nach wie vor stark. 55% der Befragten gaben an, täglich rassistische Erfahrungen zu machen. Diese Abneigung gegen gewisse Menschengruppen in der Bevölkerung drückt sich auch in der Politik aus. Die Stadt greift hart durch.



Verdrängung am Hauptbahnhof

Die Armut in München wächst und die Auswirkungen sind auch im öffentlichen Raum zu sehen. Anstatt die Armut an den Wurzeln zu bekämpfen, versucht die Stadtregierung die Symptome aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Die Stadtregierung lässt im Alten Botanischen Garten regelmäßig Razzien durchführen und Kameras aufstellen. Diese Art der Verdrängung findet bereits seit Jahren in München statt und hat die Probleme immer nur verlagert und nie gelöst.

„Zwangsarbeit“ für Geflüchtete

Die CSU hat sich im Münchner Rathaus auf einen rassistischen Diskurs eingelassen und fordert in einem Antrag, dass Asylbewerber*innen gemeinnützige Arbeit für die Stadt verrichten sollen – für gerade einmal 80 Cent die Stunde. Für den wesentlich sinnvolleren Vorschlag, Geflüchteten deutlich früher eine Arbeitserlaubnis zu erteilen, setzt sich die CSU jedoch nicht ein.



Tennismillionäre muss man sich leisten können

Insgesamt 8,6 Mio. € bekommt der Tennisverein MTTC Iphitos von der Stadt München dafür, die Anlage für die BMW-Open weiter auszubauen. Das Event zählt BMW, Giorgio Armani und weitere Luxus-Firmen zu seinen Sponsoren. Anstatt denen die Finanzierung des nötigen Umbaus zu überlassen, zapft die Stadt Gelder aus der Wohnungsbauförderung an, die eigentlich für den sozialen Wohnungsbau vorgesehen sind. Wie man sieht: Wenn der Wille da ist, findet man das Geld. Der Einzige, der heftige Kritik daran im Stadtrat übte, war Thomas Lechner, der für die Linke im Sportausschuss sitzt.

UN FASS BAR

Die Linke

im Münchner Stadtrat

Die Linke im Münchner Stadtrat informiert

Kein Anliegen ist zu klein!

Wohn- und Sozialsprechstunde mit Stefan Jagel,
Stadtrat und Fraktionsvorsitzender

Sie haben Probleme mit Ihrem Vermieter, Fragen zu Wohngeld, Schwierigkeiten beim Ausfüllen von Anträgen oder wollen einfach nur Anregungen zu Ihrem Stadtviertel oder zu unserer Stadt besprechen?

Bei meiner Wohn- und Sozialsprechstunde nehme ich mir gerne Zeit für ein persönliches Gespräch und versuche, zu helfen oder Ihre Anregungen zu besprechen. Kommen Sie einfach vorbei oder melden Sie sich telefonisch.

Die Beratung findet **jeden Freitag von 16–18 Uhr** statt und zwar **im Büro der Linken München in der Schwanthalerstr. 139**, 80339 München.
Für Terminvereinbarungen: Tel. 089/ 233-25235



Kartentausch für Geflüchtete

Durch die neue Bezahlkarte haben Geflüchtete nur noch 50€ Bargeld im Monat zur Verfügung. Auf die Ungerechtigkeit darin hat die Fraktion im Stadtrat hingewiesen. Deshalb können Betroffene bei einem Supermarkt einen Gutschein kaufen, der dann wiederum gegen Bargeld eingetauscht werden kann. Kaufen auch Sie einen Gutschein und helfen Sie dabei, die unsoziale Politik der Bayerischen Regierung zu umgehen.

Jeden Montag zwischen 14 und 17 Uhr in der Schwanthalerstr. 139.

Newsletter

Bleiben Sie über die aktuelle Stadtratspolitik auf dem Laufenden und abonnieren Sie unseren monatlichen Newsletter auf unserer Webseite.



Podcast

Jeden Monat sprechen Stefan Jagel und der Pressesprecher der Fraktion Clemens Strottner mit Gästen über Themen, wie Soziale Gerechtigkeit, Armut, Klimagerechtigkeit, Gesundheit und Mieten.

Zu hören auf allen Podcast-Plattformen und auf der Webseite der Fraktion.

Jetzt Reinhören!



Für Die Linke.

im Münchner Stadtrat



Stefan Jagel

Fraktionsvorsitzender; Mitglied im Gesundheitsausschuss, Kommunalausschuss, Verwaltungs- und Personalausschuss, IT-Ausschuss sowie Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft



Brigitte Wolf

Mitglied im Bauausschuss, Finanzausschuss, Mobilitätsausschuss sowie im Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung



Thomas Lechner

Mitglied im Sozialausschuss, im Sport-, Bildungsausschuss und im Kinder- und Jugendhilfeausschuss

Impressum: Mit Links – Zeitung der Linken im Münchner Stadtrat | Marienplatz 8 | 80331 München | Telefon: 089 233 25235

E-Mail: info@dielinke-muenchen-stadtrat.de | Web: <https://www.dielinke-muenchen-stadtrat.de> | Facebook: [fb.com/LINKESTadtratMuenchen](https://www.facebook.com/LINKESTadtratMuenchen)

V.i.S.d.P.: Stadtrat Stefan Jagel | Marienplatz 8 | 80331 München

Redaktion: Clemens Strottner, David Luu | Gestaltung: Dagmar Modrow | Druck: druckwerk Druckerei GmbH

Kontakt: zeitung@dielinke-muc-stadtrat.de

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.